

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beste Wiesbadener Zeitung

Preis: monatlich 3.00 M., vierteljährlich 11.40 M., durch die Post 12.00 M. Einzelhefte 10 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Verhinderung hat der Abonnent keinen Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Amtesliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 60 Pf., die 36 mm breite Zeile 70 Pf.; anderwärts: 75 Pf. 4- und 6-zeilig 2. — bezw. 5. — M. Rabat 11. Tarif. Sonderbefragungen 15 Pf. pro Zeile.

Nummer 558

Montag, 29. November 1920.

74. Jahrgang

Stimmung und Lage in Italien.

Von befreundeter Seite wird uns ein Brief aus Florenz zur Verfügung gestellt, in welchem manches Wissenswertes enthalten ist. Wir geben daraus folgende Stellen wieder:

Florenz! Die Stadt des Lebens nennt sie Volde Kurz, und das war sie auch vor dem Kriege. Jetzt aber ist alles tot. Die Hotels am Renofer sind zum größten Teil geschlossen. Die armen Geschäfte sind leer; man wundert sich, wie sie bestehen können. Die große deutsche Apotheke ist geschlossen. Der Verkehr auf der Straße hat ein ganz anderes Gepräge: Autos fahren auch jetzt durch die Straßen, aber die Autos sind jetzt leer (durch den Krieg reich geworden); nichts von dem vornehmen Patzlertum von ehemals, die Autos sind jetzt leer. In Florenz sind die Straßen, um ihre Wintergarderobe zu erneuern: sie hatten sich an den das sozialistische, sehr arme Volk nicht zu reichen; meistens bleiben sie auf ihren Gütern wo sie sich nach der neuen sozialistischen Kraftprobe, die Befreiung einfach fortzusetzen, auch kann sicher fühlen dürfen. Der Geist der Auflehnung treibt auch hier bähliche Blüten. Streiks im Großen wie im Kleinen sind an der Tagesordnung. Man hat in eine Straßenbahn; kaum ist man ein paar hundert Meter gefahren, steht man fest. Urache? „Eine Stunde Sympathie für Lenin.“ Demnach steht man auf den alten antiken Schalen den Mann im Kleinem, der auch heute noch fleißig arbeitet und sich um seinen Sech- oder Achtstündigen kümmert. Es ist erstaunlich, was diese Leute sich alles aus unserer Industrie aneignen haben. Die meisten haben noch ein wenig Spielzeug, pharmazeutische Gegenstände, Gläser und eine Menge anderer Dinge die früher aus Deutschland kamen.

Der Fremdenverkehr in den Galerien wie auf der Straße ist fast null. Von Deutschen hat bei Geschäftsleuten und Restauratoren nichts zu merken, wozu auch gerade die deutschen Kreise durch häßliche Bemerkungen und Schelten auf unseren ehemaligen Kaiser, den sie ihre Abneigung zeigen. Es gibt unter ihnen solche, die noch immer das Märchen von den abgehenden Händen der Kinder in Belgien durch unsere Soldaten glauben, und wenn man sie zu mildernden sucht, damit kommen das darüber authentische Belege mit Photographien vorhanden sind... Deutsche die seit einiger Zeit zurückgekehrt sind, haben mit ihren ehemaligen italienischen Bekannten wenig erfreuliche Erfahrungen gemacht. Der Auslandsdeutsche, der hier leben will, tut auf sich mit verächtlichem Versehen zurückzuführen, umal wir in Florenz gar keinen Schutz haben; es ist kein Konsulat hier und auszubilden werden wir auch von keinem anderen Konsulat vertreten. Unannehmlichkeiten müssen durch das Generalkonsulat in Mailand oder durch die Postamt in Rom geschlichtet werden, also eine sehr unheimliche Sache.

Völkerverbundtagung in Genf.

Genf, 28. Nov. Der Vertreter der Schweiz, Bundesrat Mor, brachte eine Entschließung ein, die die Schaffung einer Völkerverbundtagung und Finanzkommission verlangt. Die Aufgabe dieser Kommission soll sein, die Errichtung einer Kreditorganisation zu prüfen und, gestützt auf Art. 23 des Vertrages, der für alle Staaten eine gleichmäßige Behandlung fordert, die Maßnahmen zu beraten für die Verhinderung der Anhäufung von Wohlständen in einzelnen Ländern und für die Möglichkeit der Verteilung. Die Entschließung betont die unbedingte Notwendigkeit, alle natürlichen Hilfsmittel einzeln für die Steigerung der Produktion zu verwenden. Insbesondere erfolgt die Einladung an alle Regierungen, ihre Maßnahmen zu betrachten, die nach den Bestimmungen des Art. 8 des Vertrages, der Völkerverbundtagung wird in der nächsten Sitzung behandelt werden.

Die Kommission des Völkerverbundes für die militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen beauftragte ihre sämtlichen Unterkommissionen mit der Prüfung der Sicherung des freien Verkehrs im Hafen von Danzig und der Mittel zur Verhinderung des Handels mit Danzig. Sie nahm ferner eine Entschließung an, durch die die Vereinigten Staaten von Amerika eingeladen werden, sich offiziell an der Prüfung der Abrüstungsfrage zu beteiligen.

Der Schweizer Bundesrat hielt in Genf eine Sitzung zur Festlegung einer Reihe von Anträgen für die Schweizerische Delegation beim Völkerverbund. Wie die Schweizerische Delegation, erklärte, würde die Delegation ermächtigt, für den Fall des Zustandekommens eines Abkommens über den internationalen Gerichtshof, dieses Abkommen zu unterzeichnen. Ferner wurde die Delegation beauftragt, die Initiative zu ergreifen zum Abschluss eines Sozialabkommens, dem zufolge dem internationalen Gerichtshof gewisse Streitigkeiten unterbreitet werden müssen. In der Frage der Abrüstung beauftragte der Bundesrat die Kommission, dass die Schweiz in ihrer gegenwärtigen Lage vorläufig an der allgemeinen Beschränkung festhalten müsse, während dagegen der Antrag, die Kriegsindustrie zu monopolisieren, energisch von der Schweizerischen Delegation zu unterlassen wäre in der Erwägung, dass die Verhältnisse bei den Beziehungen vielfach auf die Initiative und Konkurrenzfähigkeit der privaten Kriegsindustrie beruhen.

Die Konferenz von London.

Oberschlesische Abstimmung.

Paris, 28. Nov. Der Londoner Sonderberichterstatter der Gavas meldet, dass auf der Ministerzusammenkunft in London gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Um den Ungelegenheiten zu entgegen, die die Juriste von so vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirks Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnte, seien Vor schläge gemacht worden. Nach dem einen sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirks Wohnenden am gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach einem anderen Vor schläge sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden des Abstimmungsbezirks, aber in der Abstimmungzone, etwa in Köln, abstimmen. Zu dieser Sitzung bemerkt der Berichterstatter der Gavas, er stelle die Freiheit des Abstimmungsbezirks und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der Ordnung sicher. Es sei beschlossen worden, den letzten Vor schläge Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Beide er abgelehnt, so werde man eine andere Lösung zur Anwendung bringen.

Der irische Aufstand.

Amsterdam, 28. Nov. Aus London wird berichtet: Am Eingang der Straße, in der die Amtsdwelling Lord Georges liegt, wurden zum Schutz gegen etwaige Angriffe der Sinnfeiner Barrikaden errichtet. Die Behörden beschließen, das Parlament Gebäude für das Parlament zu sperren. — Das Ministerium meldet aus Irland: In Cork wurden die ganze Nacht Explosionen sowie Gewehr- und Revolverfeuer gehört. Mehrere Häuser in verschiedenen Stadtteilen, u. a. ein großes Manufakturwarengeschäft wurden vernichtet.

Nach einer Gavasmeldung aus London haben Stauferner mehrere große Baumvollagerhäuser in Liverpool angezündet. Es kam dabei zu Unruhen, in deren Verlauf ein Gendarm getötet wurde.

Die Wirtschaftskrise in England.

London, 28. Nov. Infolge der zunehmenden Krise in der englischen Baumwollindustrie wird die Notwendigkeit einer bedeutenden Arbeitseinschränkung der Spinnereien in Manchester erwogen. Der Verein der Baumwollspinner wird über die Frage einer Produktionsbeschränkung von 50 Prozent abstimmen lassen. — Die Deutsche Compagn Limited (ein großes Barwert) sieht sich gezwungen, ein Drittel ihrer Arbeiter und Angestellten zu entlassen und die Arbeit auf fünf Tage wöchentlich zu beschränken, als Folge des ungünstigen Absatzes, hervorgerufen durch die Tatsache, dass die englische Regierung die besseren deutschen Waren zu billigeren Preisen erhält, als sie die britischen Produzenten herausstellen vermögen.

Ausnützung der natürlichen Schätze Rußlands.

Ein Ausruf aus Moskau teilt mit, dass der Rat der Volkskommissare eine Verordnung erlassen hat, in der in großen Zügen die Bedingungen festgelegt sind, unter denen die Sowjetregierung einseitig in fremde Kapitalisten die natürlichen Schätze Rußlands ausbeuten zu lassen. Nach dem neuen Gesetz sind ausländische Kapitalisten ermächtigt, die natürlichen Schätze Rußlands auszuheben, und erhalten das Recht, einen Teil der Produkte auszuführen. Die Regierung verpflichtet den Kapitalisten, dass die in ihren Unternehmungen angelegten Güter weder konfiskiert noch nationalisiert werden. Die Ausländer werden das Recht haben, Arbeiter und Beamte für ihre Unternehmungen zu werben unter der Bedingung, dass sie die geltenden Vorschriften für die Regelung der Arbeit achten.

Die amerikanischen Milchkuhe.

Berlin, 27. Nov. Kreisminister Dr. Müller-Düffeldorf, der sich im Auftrage der Reichsregierung nach den Vereinigten Staaten begeben hat, um den Transport amerikanischer Milchkuhe für Deutschland in die Wege zu leiten, teilt einer Mittheilung zufolge aus Houston in Texas seinen Anhängern im Reichslande mit, dass der erste Transport mit 742 Kühen auf dem Dampfer „West Arrow“ in der zweiten Novemberhälfte nach Bremen eingeht. Wie schwierig die Sammlung und Ausbringung der Kühe sei, ergab sich aus dem Umstand, dass das Gebiet, aus dem der erste Transport kamme eine arktische Ausdehnung als Deutschland habe. In der Folge würden rasch hunderttausend weitere Küden mit Kühen nach Deutschland abgehen.

Der bayerische Ministerpräsident in Berlin.

Wie unser Berliner Vertreter erzählt, haben die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Ministerpräsidenten lediglich zu dem Ergebnis geführt, dass die Reichsregierung mit den Ministern in Verhandlungen über die Beibehaltung von Selbstschutzwaffen in Bayern und im Reich eintreten wird, und zwar in außerordentlich bestimmten Formen. Von einer aufrechterhaltenen Lösung der Angelegenheit kann schon deswegen keine Rede sein, weil die ganze Angelegenheit noch vollkommen in der Luft steht. Vorwiegend dürfte ein Schritt der Reichsregierung in der Frage der bayerischen Einwohnervaffen schon in absehbarer Zeit erfolgen.

Entgegenkommen gegen König Konstantin

Gavas berichtet, dass im Falle der Rückkehr des Königs Konstantin Griechenland vollkommene Versicherung geben müsse für die Aufrichtigkeit seiner Haltung der Entente gegenüber und für die Entfernung der deutschfreundlichen Parteiführer aus den öffentlichen Ämtern. Es müsse Griechenland unterworfen werden, Anleihen aufzunehmen, ohne eine Kontrolle der griechischen Schatz. Es dürfe keine Bündnisse abschließen ohne die Ermächtigung der Entente und es dürfe auch keine griechisch-türkische Vereinbarung geschlossen werden, ohne die Ermächtigung des Obersten Rates oder des Völkerbundes. Die Unterredungen am Sonntagvormittag hätten eine gewisse Annäherung des englischen und des französischen Standpunktes gezeigt und die Notwendigkeit gemeinsamer Garantien gegen eine Rückkehr des deutschen Einflusses in Athen.

Die Kommunisten in Höcht.

Infolge der Spaltung machten die Höchster Kommunisten Ansprüche auf die Einrichtung des Parteibüros der USP, konnten aber ihre Wünsche nicht durchsetzen. Am Freitag drangen nun, wie das „Höchster Kreisblatt“ berichtet, etwa zwei Dutzend Kommunisten in Abwesenheit des Parteisekretärs gewaltsam in das Parteibüro der USP ein und entführten die Möbel im Werte von etwa 3000 M. Der Parteisekretär, der inzwischen hinzukam, konnte diese „Entführung“ nicht verhindern, sondern nur dagegen protestieren. Die Parteikasse der USP ist den Kommunisten aber nicht in die Hände gefallen.

Ein Opfer der Röntgenstrahlen.

Paris, 28. Nov. (Gavas.) Der Direktor des Hauptlaboratoriums für Radiographie, Dr. Charles Jurett, der sich seit 1898 dem Studium der praktischen Anwendung der Röntgenstrahlen widmete, ist gestern im Alter von 41 Jahren nach einer Gavasmeldung als Opfer der Röntgenstrahlen gestorben. Innerhalb zehn Jahren musste er sich 22 Operationen unterwerfen und verlor nach und nach sechs Finger und vor einem halben Jahre wurde ihm das linke Handgelenk abgenommen.

Mieter-, Siedler- und Wohnungstagung der Länder am Rhein.

Am Samstag Nachmittag hat hier im neuen Museum die erste der drei Beratungen des Mieter-, und Wohnungstages der Länder am Rhein stattgefunden. Zwei der angekündigten Referenten waren verhindert, nach Wiesbaden zu kommen, und die Teilnahme von Organisationsvertretern entsprach nicht den Erwartungen; dennoch brachte schon der Verlauf der Nachmittagssitzung eine Fülle von Anregungen — wenn auch die Möglichkeiten ihrer Ausföhrung im umgekehrten Verhältnis zur Notwendigkeit ihrer Erfüllung stehen.

Im Mittelpunkt der Ausföhrung in der vom Vorsitzenden des Wiesbadener Mieterbundes, Abg. Gelsch, geleiteten Sitzung stand ein Vortrag des Frankfurter Stadtrats Hofmann, des bekannten Spezialisten für Wohnungsfragen. Der Redner gab einleitend ein allgemeines Bild der in einer internationalen Frage anwachsenden

Mieter- und Wohnungsnöte

Eine Untersuchung der Ursachen ergibt zweierlei: Auf der einen Seite infolge des Stillstandes im Wohnungsbau außerordentlicher Anstaus von Wohnungsuchenden, auf der anderen außerordentliche Hindernisse, Neubauten zu errichten. Aus dem Mieterproblem und den schwebend bleibenden Fragen der Mieterbündnisse ist eine das Wohl der Gesamtheit betreffende Aufgabe erwachsen, eine Aufgabe, die als eine der brennendsten Fragen unserer Tage erkannt und anerkannt zu werden verdient. Heber das „Wie?“ gehen die Meinungen auseinander; vielerlei Heilverfahren werden unternommen. Ein Vorschlag ist den anderen ab, aber alle Hilfsmittel vermögen nicht, den Kern der Sache zu treffen und das Uebel an der Wurzel zu erfassen — gebaut kann immer noch nicht werden; und ohne diese Maßnahme ist die Krankheit, die Wohnungsnöte, nicht zu heilen.

Keine Mittel sind die Mieterbündnisse gegen Mieterschicksal und unbillige Forderungen der Vermieter, und das Reichswohnungsamt vom 11. Mai 1920, ein tief einschneidender Einbruch in bisheriges Privatrecht; im Gefolge des letzteren Nationalversammlung aller zur Verfügung stehenden Wohnraum! Aus der Nationalversammlung hervorgegangen sind die Abstinenzgesetze, die von Mietern arbeiter Wohnungen ersetzt werden müssen, wenn die Wohnungsinhaber auf ihre besonderen Vorteile und Bequemlichkeiten, das Verbleiben in den ihnen nicht mehr voll zukommenden Räumen, nicht verzichten wollen. Alle diese Neuerungen sind aber nur Palliativmittel, bedeuten nur vorläufige Linderung der Not, die Hilfe kann nur die

Förderung des Wohnungsbau

selbst bringen, und zwar, wie der Redner betont, wird dadurch nicht nur dem Wohnungsfeld geholfen, sondern der Gesamtwirtschaft gedient, die heute in vielen Bereichen leidet an der Unmöglichkeit für Konsumverbraucher, sich einen Hausstand in eigenen Räumen zu gründen. Wie aber kommen wir zum Wohnungsbau? Das allein bleibt die

Frage; wie wird es möglich, Neubauten zu errichten trotz Verlangens der Reichs-, wie der städtischen Zuschüsse — denn beide ausschlaggebenden Faktoren haben ja Ebbe in ihren Kassen und elacenes Defizit, und sie können deshalb nicht helfen.

Selbsthilfe.

So erklärt unter Beifall der Versammlung der Frankfurter Stadtrat, „der einzig gangbare Weg, der Wohnungsnot zu steuern. Selbsthilfe vermittelt Baugewerkschaften, die allerdings auf eine andere Grundlage gestellt werden müßten. Der Redner bekräftigt die Organisierung städtischer Zwangsbaugewerkschaften auf Grund obligatorischer, fortlaufender Beiträge aller Wohnungsinhaber. Zu diesem Weg der Selbsthilfe sollen auch die Mietervereine beitragen, indem sie praktische Arbeit machen, zum Wohnungsbau überreden und Baugewerkschaften erfinden. Selbsthilfe ist das beste Heilmittel, betont zum Schluß der Vortragende, und die Versammlung stimmt ihm lebhaft zu.

Es folgten — anstelle eines Referates des verhinderten Bundesgeschäftsträgers — Ausführungen des Syndikus des Wiesbadener Vereins, Dr. Alfred Mayer, über Fragen des Mieterrechtes und Erfahrungen aus der Praxis des Einigungsamtes. Hieran begann die Aussprache, in der eine Rede des Abgeordneten Merkel (H. S.) sich gegen die Aufstellung des Stadtrates hinsichtlich der Selbsthilfsmöglichkeiten richtete und abschließend den Heilungsprozeß und die ganze Kur ins politische Rahmwerk hob.

Der Sprecher lehte und am härtesten unterstrichen Forderung, die heutige Gesellschaft müsse auf andere Grundlagen gestellt werden. Dieser Hinweis auf den „Mistur“ als alleiniges Heilmittel, noch zwei Jahren eines schon in die Tat umgesetzten, so vieler alte verändernden (und verschlechternden) Mistur. Nach erkennen, daß die Mietervereine von radikalen Anhängern immer mehr nach links geschoben werden. Oder geschoben zu werden in Gefahr sind. Der U. S. Medner steht in den vom Frankfurter Stadtrat aus der Praxis vorgehenden Abhilfe-Verfahren nur den Beweis dafür, daß unsere Gesellschaftsordnung auf ungesunder Basis steht und er kommt auf die von Herrn Merkels bestellte Vertretung des Sementis — der Preis für die Tonne ist von 300 Mark vor dem Kriege auf 4000 Mark gestiegen — zurück um in dieser Gegenüberstellung einen Beweis mehr für die Notwendigkeit einer sofortigen Sozialisierung der gesamten Bauindustrie zu erblicken. Sozialisierung als Heilmittel, diese Kur würde für den Patienten im vorliegenden Falle wohlwollend den völligen Untergang bedeuten! Selbsthilfe aus, Sozialismus! belagert das Abtrage. Und produktiv haben Sozialisierung oder Kommunismus noch nirgendwo gewirkt!

Eine Gegenrechnung sei gleich hier angebracht: Der Sement kostet das Dreifache des Kienpreises. Die Eier mehr als das Vierfache. Einweik ist aber zum Leben noch notwendiger als jene Bedarfsstoffe, verdrängt sich der Redner von einer sozialisierten Eierproduktion etwa einen Abba des Eier-Preises, bezim eine Stebung der Erzeugung? Ebenso verneinend wie die Antwort auf diese Frage, ist das Ergebnis der vorliegenden Lösung des Baustoff-Problems: eine Sozialisierung der Betriebe würde nach bisher gewonnenen Erfahrungen, die Preise nur noch mehr verteuern, die Produktion aber oder verringern als sie vermehren helfen. — Die weitere Forderung des Abg. Merkel, daß den Städten unbedingt der Ertrag der etwa geplanten Mietssteuer für ihre Zwecke überlassen bleibt, um damit ihrerseits den Wohnungsbau zu fördern, brachte die Belpredung aus der Unlöslichkeit utopischer Zukunftspläne ins schlichte Geleise zurück.

Am Abend fand eine Versammlung im Saal des Bau-Innenbüchsen statt, in der den Mitgliedern des Mietervereins über den Verlauf der bisherigen Tagung Bericht erstattet wurde und in der die auswärtigen Vertreter über ihre Aufnahmen und Erfahrungen sich äußerten. Der Aufenthalt in dem unheimlichen Saal war äußerst ungemütlich, die Berichterstattungsfrist konnte deshalb nicht erfüllt werden. Das Publikum mußte in den kalten Raum viel zu lange auf den Beginn der Versammlung warten.

Der Syndikus des Vereins, Dr. Mayer, machte der Versammlung Mitteilung über die Erfolge seiner Vortragsreisen im Reichspräsidentenministerium in Berlin. Man habe ihm dort versichert, daß die Wiesbadener Forderung auf 75 Prozent auf seinen Fall durchgehe, auch seine Erklärung von 40 Prozent. Nur in wenigen Städten hätte man bis jetzt eine Erhöhung bis zu 25 Prozent zugelassen. Kerner tritt Dr. Mayer den Stadtratsordnungen hartnäckig entgegen. Er hat die Stadtrats- und Grundbesitzervereine an. Dort sei behauptet worden, der Bürgermeister Travers in Wiesbaden habe die Forderung der Hausbesitzer auf 75 Prozent gebilligt.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 29. November.
Das städtische Schuldezernat.

Ueber die Versammlung, die der Ortslehrerausschuß für die höheren Schulen auf den 18. November zu einer freien Aussprache einberufen hatte, ist bereits kurz berichtet worden. Eine etwas ausführlichere Darstellung der Gründe für die Einrichtung eines Schuldezernats wird aber nicht unnötig sein.

Die Hauptfrage war die, ob die Aufgaben eines städtischen Schuldezernats von einem Sachmann im Hauptamt oder von einem anderen Beamten nebenher erledigt werden sollen, was früher sehr aufgegeben sei. Nun steht fest: 1. In der bisherigen Weise geht es nicht weiter, wenigstens was die höheren Schulen angeht, wie viele in der Versammlung vorgebrachte Tatsachen beweisen. Das aber auch in der Leitung der Volks- und Mittelschulen der Aufgabenkreis täglich größer wird, beweist die Tatsache, daß der städtische Schulinspektor vor einiger Zeit die Anstellung eines zweiten Schulinspektors beantragt hat. 2. Gerade die nächsten Jahre werden mit dem Neubau der Schulkommission an die Schulverwaltung Anforderungen stellen, mit denen sich die früheren nicht entfernt verhalten lassen. Dazu wird 3. bei dem Niedergang der gesamten Lebenshaltung, bei den gewaltigen angewachsenen Kosten die private Bildungstätigkeit erlahmen. Die Stadt wird aber nicht umhin können, da es für uns eine Lebensnotwendigkeit ist auch hier stehend und zusammenfassend einzugreifen.

Man sieht schon aus diesem Wenigen deutlich, daß die Arbeitslast gegen früher bedeutend angewachsen ist und weiter wachsen wird, so wachsen daß sie, wie auch Kenner der Verhältnisse behaupten, nicht nebenbei erledigt werden kann. Nun aber eine eigene Kraft dafür eingesetzt werden, so darf das nur ein Sachmann sein. Nur ein Sachmann kann schnell und sicher etwas ausrichten, namentlich jetzt. Das ist übrigens bis an die oberste Spitze der Schulverwaltung eine alte Forderung aller Lehrergruppen. Ebenso ist Forderung der Volksschullehrerschaft die ein-

heitliche Schulverwaltung. In den Ausführungen zur Schulforderung des Deutschen Lehrervereins vom 17. November 1918 von einem Ausschuß desselben heißt es: „Schulverwaltung und Schulaufsicht sind in demselben Verwaltungskörper einheitlich zusammenzufassen, d. h. sämtliche Schulen eines Verwaltungsgebietes haben dieselbe Oberleitung.“ Ferner, ein anerkannter Führer der Volksschullehrer, führt noch genauer aus („Päd.-Ztg.“ 47. Jahrgang, Seite 749): „Der einheitliche Aufbau des Schulwesens im Volksstaat, die innere Verbindung aller unteren und oberen Stufen, und aller Zweige miteinander, verlangt auch eine einheitliche Schulverwaltung... (auch) in jedem in sich geschlossenen kleineren Verwaltungsgebiet.“ Einer, der die Dinge vorurteilslos, ohne Sonderinteressen, ansieht, kann an keiner anderen Meinung kommen. Die Grenzen der einzelnen Schularten sind in Abgrenzung begriffen, ein allgemeiner Unterbau entsteht, Übergangsmaßnahmen werden geschaffen: vielleicht werden die bestehenden Schularten von einem Gesamtschulverwaltungsamt mit verschiedenen Bezugsabteilungen abgelöst. Wie kann man da in der Verwaltung die überkommene Gliederung als Hemmnis der Entwicklung festlegen wollen? Eine Einrichtung ist zu schaffen, die die Entwicklung in jedem Fall leiten kann, weil sie darüber steht.

Sollte es denn nur die Sorge um die Stadtfinanzen sein, die trennt? Aber vielleicht gehen die Meinungen auch da nicht so weit auseinander, wie es scheint. Zunächst wird allgemein anerkannt werden, daß eine unnütze Ausgabe heute unverantwortlich wäre, ja, daß auch an sich Mitteln senkend zurückgestellt werden muß. Es wird jedoch anerkannt, Ueberlegenheit bedürfen, was am ehesten Not leiden kann. Von uns, die wir am Bildungswert arbeiten, wird niemand erwarten, daß wir unsere Arbeit gering einschätzen. Ist nun eine neue Stelle an sich unnötig? Kann nicht, wenn die Gelder nicht reichen, an irgend einer anderen Stelle dafür lieber weniger Mitteln gespart werden? Und scheint mir die aufnommene Rechnung (150 000 bis 200 000 Mark) nicht ganz zu stimmen. Sie besteht die Geldverhältnisse nicht, die durch einen Schuldenzinsen der Stadt sicher sind, wie eine unterrichtete Verantwortlichkeit in der Versammlung behauptet, und sie verweist, daß die Beamten der Schulverwaltung auch zum Beispiel für die höheren Schulen heute schon mäßig sind. — Ich sehe also keinen minnenden Grund, die ideale Forderung der deutschen Volksschullehrerschaft, hinter der Direktoren und Lehrer der städtischen höheren Schulen Wiesbadens einmütig stehen, zu verwerfen.

Wille'm Caspari 4. Kurz vor Erreichung des 70. Lebensjahres ist am Sonntag morgen nach langen schweren Leiden der frühere Volksschullehrer Wilhelm Caspari in seiner Wohnung Seerodendstr. 10, gestorben. Herr Caspari war allseitig ein treues und überaus eifriges Mitglied der nationalliberalen Partei. Nach dem Amtsdienst gehörte er auch der Deutschen Volkspartei an, ohne indessen, seiner Kränklichkeit wegen, an den Parteiarbeiten noch teilnehmen zu können. Wille'm Caspari wurde am 29. Jan. 1851 in Remmerod geboren, seit Anfang der 70er Jahre wirkte er in Wiesbaden, wo er sich die Verehrung seiner Schülerinnen, sowie das Vertrauen seiner Mitbürger und insbesondere seiner Parteifreunde zu erwerben verstand. Sein Urteil war stets von sachlichen Gesichtspunkten bedingt, maßvoll, aber fest. Die vortreffliche Kleinorganisation der nationalliberalen Partei Wiesbaden verdankte sehr viel seinen Anregungen und seiner unermüdeten tätigen und selbstlosen Mitarbeit. Im Kreise seiner engeren Freunde genoss er die höchste Achtung und ein unbedingtes Vertrauen. Seine Herzengüte und seine stetige Bereitschaft, anderen durch Rat und Tat zur Seite zu stehen, insbesondere seine Unterstützung der strebenden Jugend haben ihm ein treues Gedenken gesichert. Möge dem charaktervollen, echt deutschen Mann, dem das Vaterland stets höher stand als jedes andere Interesse, die Erde leicht sein!

Aus dem Forstdienst. Der bisherige ellah-schörlingische Oberförster Löffel ist in den preussischen Staatsdienst übernommen und zum Regierungsrat, und Forstrat ernannt worden; ihm ist die Forstinspektion Wiesbaden-Montabaur endgültig übertragen worden.

Erhöhung der Leihgebühren der Kassanischen Landesbibliothek. Laut Magistratsbeschluss werden von Montag, dem 29. Nov., an die Benutzergebühren der Landesbibliothek meistentlich erhöht und etwa auf das Doppelte gebracht werden. Bei der Verleihung von Büchern nach Hause (auf die Dauer eines Monats) wird die Wandgebühr sich fortan auf 0.40 M. stellen. Eine halbjährige (vom 1. April oder 1. Oktober an laufende), den Anhaber für sich und seine im selben Haushalt lebenden Familienangehörigen zur Entleihsung berechtigende Leihkarte wird 10 M. und eine Jahreskarte 15 M. kosten. Die Inhaber solcher Leihkarten haben für ihre Person freien Zutritt auch zum Lesesaal. Nichtabonnenten können im Lesesaal entweder eine Tageskarte für 0.50 M., oder ein (vom 1. April oder 1. Oktober an laufendes) Halbjahresabonnement zu 5 M., oder ein Jahresabonnement zu 7.50 M. lösen. Mit Rücksicht auf die Ausländer ist auch ein Monatsabonnement für den Lesesaal zum Preise von 3 M. zulässig. Die für Bücherentlehnungen erforderlichen, bisher unentgeltlich gelieferten Quittungsformulare werden einzeln oder in größeren Mengen in Ausleihe und Lesesaal für 0.10 M. das Stück abgegeben werden. Der Ertrag der Gebühren kommt ohne jeden Abzug dem Anschaffungs fonds, also indirekt den Benutzern zu Gute und stellt einen beachtlichen Beitrag des Publikums zu der außerordentlich steigenden Aufwendung der Landesbibliothek für die Anschaffung von Büchern, deren Preis sich im Lauf der letzten Jahre mindestens verdoppelt oder verdreifacht hat, dar.

Zahlung des Reichsnotopfers. Kriegsanleihebescheide werden zur Bezahlung des Reichsnotopfers zum Vornachtrieb am 30. Nov. zum 31. Dezember d. J. angenommen. Eine Verzinsung dieser Anleihe wird nicht eintreten. Die Kriegsanleihebescheide sind bei den Annahmestellen: Regierungshauptkasse Wiesbaden, Postkasse Wiesbaden, Kass. Landesbank und deren Nebenstellen, Stadt Sparkasse Wiesbaden a. M. abzugeben. Anträge auf Uebertragung von Reichsschuldbuchforderungen sind an die Reichsschuldverwaltung (Schuldbuch) in Berlin zu richten. In beiden Fällen sind von den Einlieferern Vordrucke (zwei Exemplare) auszufüllen, welche bei den Annahmestellen und dem Finanzamt erhältlich sind. Auf die Vorteile der baren Vorausszahlung wird weiterhin aufmerksam gemacht. Bis Ende dieses Jahres wird bei diesen Forderungen eine Verzinsung von 4 v. H. gewährt. Mit dem Tage der Zahlung hört die Verpflichtung zur Verzinsung des durch die Zahlung getätigten Betrages auf. Die Vorausszahlung kann bei der Finanzkasse in Wiesbaden, Friedrichstraße 32, und bei der Stadt Sparkasse in Wiesbaden a. M. erfolgen. Wer bei der Finanzkasse einzahlen will, muß sich vorher eine vorbereitete Quittung auf Nummer 10 im Finanzamt ausstellen lassen. Abgabepflichtige, welche den ungefähren Betrag des Notopfers nicht selbst berechnen können,

erhalten im Finanzamt entsprechende Auskunft. Etwaige Ueberzahlungen werden später erstattet. Nach einem Gesetz, erzwungen, dem Reichsrat zugestimmt hat haben die Reichsnotopferpflichtigen 1/10 ihres abgabepflichtigen Vermögens, mindestens aber 1/2 der Abgabe im nächsten Jahre in zwei Raten zu entrichten. Es kann deshalb nur dringend geraten werden, die mit den Vorauszahlungen verbundenen Bezahlungsanforderungen auszunutzen und alsbald die hierzu erforderlichen Schritte zu tun.

Die Straßenbahn hat mit dem heutigen Tage auch an Verträgen den Verkehr nach und vom Südfriedhof wieder aufgenommen. Erste Fahrgelegenheit von Hauptpost nach Südfriedhof 1.55, letzte Fahrgelegenheit von Südfriedhof nach Wiesbaden 4.53 Uhr.

Der Winterfahrplan der Straßenbahngesellschaft auf den Linien 1, 2, 3 und 4 tritt am 1. Dezember in Kraft. Statt des bisherigen 10 Minutenverkehrs wird der 15 Minutenverkehr eingeführt.

Der Operetten-Abend der Kurverwaltung am Samstag, bekräftigt von Frankfurter Künstlern, die zum größten Teil als Wiesbadener Stammgäste ihre Erfolge bereits im Voraus in der Tasche haben, war eine fester fröhlich-lebend, würdigen und geschmackvollen Veranstaltungen, die sich langsam der Günst der Besucher erfreuen. Sie bekräftigten denn auch, nachdem die etwas fröhliche Stimmung zum Beginn der Veranstaltung geschwunden war. Anita Kranz und Anni Sutter mit familiärer Herzlichkeit. Die trefflichen Künstlerinnen fanden in demselben Neugebauer vom Karlsruher Landestheater einen himmlisch vorzüglichen, dankbarsten sehr gewandten und durchaus ebenbürtigen Partner. Und sie ehrten mit beiderseits hartem Beifall den in allen Saiten bewährten Emil Rothmann. Einzelvorträge und Duette wurden mit Recht als künstlerisch wertvolle Gaben gewertet. Ihren Höhepunkt fanden sie in der ausgezeichneten Aufführung der „Schönen Galathee“ von Suppé. Der oft gewürdigte reizvolle Charme Alma Saccurs, die dröckliche Liebessünderin Anni Sutters (als Wammes) und die vorzüglichste Wiedergabe der kleineren Rollen durch die Herren Neugebauer und Resni boten ein sehr erfreulich wirkendes Zusammenpiel. Das Kapellmeister Hans Salger vom Hessischen Landestheater in sehr feiner und temperamentovoller Art das städtische Orchester führte, ließ besonders betont werden.

Diebstahl-Chronik. Am Sonntagmorgen wurden in Frankfurt a. M. zwei wertvolle Pelzmäntel (ein Herren- und ein Damenmantel) gestohlen. Der Wert der Mäntel beträgt 75 000 M. Für die Wiederbeschaffung derselben hat der Geschädigte eine hohe Belohnung in Aussicht gestellt. Mitteilungen über den Verbleib der Mäntel nimmt die hiesige Kriminalpolizei entgegen. — Am 25. d. M. wurde von der Wache eines Hauses in der Friedrichstraße die ganze Wäsche, bestehend aus Bett- und Leibwäsche, gestohlen. — Bei einem Kesselerbruch in der Dogheimstraße wurden in der Nacht zum 25. gestohlen: 4 Zentner Kartoffeln, 4 Büchsen Milch, 1 Kanne Rahm, 3 Glas Gelee, 2 Decken, 4 Büchsen, 4 Fleischbraten, 3 Sa. Weizen. — Am 23. d. M. wurde in einem hiesigen Laboratorium eine Platinschale im Gewicht von 29.8 Gramm gestohlen. Die Schale trägt die Nummer 140. Für die Ermittlung des Täters und Verhaftung der Schale ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Vor Ankauf der ganzen Schale oder in zerstücktem Zustand wird gewarnt. — In den letzten Tagen wurden auf einem Keller mittels Einsteigens etwa 50 Flaschen Cognac gestohlen. Die Flaschen sind mit gelbem Etikett versehen und tragen die Aufschrift „Deutscher Weinbrand“. Unten ist ein zweites Etikett mit der Aufschrift „Deutscher Cognac“. Vor Ankauf wird gewarnt. Mitteilungen auf Zimmer 18 der Polizeidirektion erbeten. — In der Nacht zum 28. d. M. wurden von einem Lagerplatz am Südfriedhof ca. 15 St. Lumpen gestohlen. — Am 27. Nov. wurde in der Derderstraße und in der Albrechtstraße nachmittags je ein Fahrrad gestohlen. Das eine Fahrrad trug die Fabrikmarke „Petter“ und hatte Holzfelgen, das andere die Fabrikmarke „Viktoria“ und hat auffallend große Ueberleitung und neuere Vereifung.

Kurhaus :: Theater :: Vorträge :: Vereine usw.

Kurhaus. In dem morgigen Sonderkonzert im Kurhaus unter Mitwirkung des Wiesbad. Lehrergesangsvereins gelangt eine Ballade mit Orchesterbegleitung „Das Tal des Ewiges“ von Koberger, sowie eine Anzahl Volkslieder zu Gehör. Das Kurorchestr unter Leitung des Herrn Hofrat Prof. Hans Winderstein spielt die Beethoven-Sonate von Raffin, Chopin und Liszt und die „Triphon und Holde“ und das Meisterlied-Vorpiel von Wagner. Residenstheater. Unter persönlicher Leitung des Kompositen findet am Dienstag die Uraufführung der Schwan-Operette „Der Dorf-Garolus“, Text von Karl Tren und Toni Thom. Musik von Toni Thom statt. Das überaus lustige Werk ist bereits an einer Reihe von Bühnen mit großem Erfolg gegeben worden. In den Hauptrollen sind beschäftigt: die Damen Poll, Leth, Springer und Will und die Herren: Bäs, Blaser, Eberhart-Peter, Ludwig und Bogler. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Bäs. Die humorvolle Operette wird Mittwoch und Samstag wiederholt.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Samstag, 27. November, vormittags.

30000 M. auf Nr. 172 485.	
10000 M. auf Nr. 5740 40 150.	
5000 M. auf Nr. 179 533 195 151.	
3000 M. auf Nr. 1690 1753 2895 5929 8882 9457 10045	
12 520 15 234 15 897 17 626 18 612 22 528 30 367	
33 967 37 853 38 541 41 920 48 004 48 818 59 836	
85 724 103 063 103 142 105 688 107 479 117 086	
126 459 137 017 137 124 143 014 143 581 145 067	
147 446 149 412 150 718 153 606 154 765 158 042	
158 491 158 755 171 414 182 019 190 092 195 901	
201 030 202 067 204 321 204 408 214 067 217 174	
217 774 222 167 224 518 224 928 227 739 232 683	

Samstag, 27. November, nachmittags.

50000 M. auf Nr. 70 989.	
40000 M. auf Nr. 180 329.	
10000 M. auf Nr. 196 018.	
5000 M. auf Nr. 121 897 128 218.	
3000 M. auf Nr. 1816 2614 3124 36 050 54 070 54 583	
53 321 57 940 58 436 58 548 60 172 72 108 79 025	
86 918 87 443 92 060 97 532 112 267 114 423 118 271	
120 324 120 882 122 635 123 123 123 123 127 274 130 280	
149 109 150 869 161 681 165 617 176 156 177 266	
177 925 180 862 187 718 191 525 191 617 202 166	
202 504 202 668 211 961 214 961.	

Nachtrag.

Donnerstag, 25. November, nachmittags.

30000 M. auf Nr. 204 452 223 172.	
15000 M. auf Nr. 176 619.	
10000 M. auf Nr. 214 085 169 670.	
5000 M. auf Nr. 20 720 68 151 68 514 80 267 117 900 156 692	
3000 M. auf Nr. 4004 4533 6050 7413 76 859 77 901 81 499	
87 712 42 267 48 049 48 647 52 848 53 714 54 454	

	V. K.	L. K.		V. K.	L. K.
4. Bayr. H. u. Weichsb.	107.90	108. -	4. Pflz. Hyp.-Bk.	105.75	105.40
1. Berl. H.-Bk.	91. -	91. -	Bayerverlosbar	95. -	95.25
6. Serie 7 u. 8, 13 u. 14	94. -	94. -	Bayerverlosbar	95. -	95.25
1. Serie 15 u. 16.	94.50	94.80	1. Preuss. Bk. C. A.-B.	94. -	94. -
4. Serie 17 u. 18.	95.50	95.50	Bay. Ser. 20, Ser. 21	84.50	84.50
Bay. abg.	83. -	83. -	Bay. Ser. 3, 7, 8, 9 abg.	93. -	93. -
4. Kommunal Ser. 1.	95. -	95. -	4. Pr. Cent. B.-Cred.-G.	98. -	98. -
1. D. Grundcred. Gotha	96.50	96.50	4. Kommunal 1908	92.50	92.50
Sch. Abt. 3 u. 4. - 110	104.00	104.00	4. Rh. Hyp. Mannheim	101.60	101.25
Sch. Abt. 5 u. 8.	88. -	88. -	Bayerverlosbar	87.50	87.25
4. D. H.-B. Bri. 8, 10-19	99.60	99.60	Bayerverlosbar ab 1914	83.30	88.50
4. Ser. 20 u. 21	99.10	99.10	4. Komm. ab 1928	85. -	85. -
4. Serie 13 u. 18	102.20	102.25	4. unk. 1934 C. A. - B.	100. -	100. -
4. Frankf. Hyp.-Bk.	89. -	88.60	4. Rh.-Westf. Bd.-Cred.	93.75	93.75
4. Fkt. H.-B. Kom. 8, 2	99.60	99.50	4. Ser. 2, 4 u. 6	86. -	86. -
4. Komm. Ser. 1.	88. -	88. -	4. Westf. Bdr. (Köln)	98.75	99. -
4. Fkt. Hyp.-Cred. Ver.	99.60	99.50	4. Ser. 3 u. 4. Ser. 9	89. -	89. -
S. 44 Kündb. ab 1913	88. -	88. -	4. Hess. Ld.-Hyp.-B.	100.50	100.75
4. Hamb. Hyp.-Bank	89.50	89.50	4. Kom. Ser. 3-14	87.40	87. -
4. Ser. 1-190 u. 301-330	95.25	95.25	4. Kom. Ser. 1-3, 5, 6	98.55	98.60
1. Mein. H.-Bk. 8, 2-15	99.10	99.20	4. Land.-Cred. (Cass.)	99.50	99.50
6. Serie 15	99.10	99.20	4. Nassau-Landessk.	86.50	86.50
4. Serie 18	99.10	99.20	4. Lit. U. u. X	100.50	100.60
4. Serie 18	101.50	101.50	4. Lit. F. G. H. K. I.	93. -	94. -
4. Bieleb. 1905, 1907	90. -	90. -	4. Ser. 19 u. 20	94. -	94. -
4. Mitteld. B.-Kr. Greis	95.25	95. -	4. Lit. S. u. P. a. q.	89. -	89. -
4. Hyp. Kdo. ab 1905	95.25	95. -	4. Lit. S. u. T.	89. -	89. -
			8. Lit. O.	85. -	85. -
4. Bieleb.	93.50	93. -	4. Ser. 19 u. 20	92. -	92. -
4. Frankfurt	106.80	106.90	4. „do.	97.20	97. -
4. Mannheim	93.25	93. -	4. „do. „nne	97.20	97. -
Lose.	V. K.	L. K.	Lose.	V. K.	L. K.
4. Augburger	-	-	4. Köln-Mindener	169. -	169. -
4. Braunschweiger	-	-	1. Meiningen Prämie	420. -	420. -
4. Süddeutsche Pr. P. (Abt. II)	-	-	Türkische 400 Frs.	500. -	515. -

